

# Gliederungsverzeichnis

## 1. Teil:

<b>Grundlagen des Leistungsstörungenrechts</b> .....	1
<b>§ 1 Dogmatische Grundlagen</b>	
A. Der Begriff der Leistungsstörung .....	2
I. Das Zurückbleiben hinter dem Gesollten .....	2
II. Rechtliche Bedeutung des Begriffs .....	4
III. Verhältnis zu anderen Allgemeinbegriffen .....	4
B. Funktionen des Leistungsstörungenrechts .....	5
I. Formale Funktion .....	5
II. Materielle Funktion .....	6
1. Gerechter Ausgleich der Parteiinteressen .....	6
2. Realisierung bestimmter Ordnungsziele? .....	6
C. Die tatbestandliche Erfassung der Störung .....	9
I. Unterscheidung zwischen Leistungsinteresse und Integritätsinteresse .....	10
II. Unterscheidungen innerhalb der Störungen des Leistungsinteresses .....	10
1. Unterscheidung nach der Art der Störung (Nichtleistung, Teilnichtleistung, Schlechtleistung) .....	11
2. Unterscheidung nach der Behebbarkeit der Störung (Leistungshindernis) .....	11
3. Unterscheidung nach dem Grad der Störung (Verletzung und Gefährdung) .....	12
4. Unterscheidung nach der Dauer der Störung (Endgültige und vorübergehende Störung) .....	12
5. Unterscheidung nach dem Zeitpunkt der Störung .....	12
6. Unterscheidung nach der rechtlichen Absicherung des Leistungsinteresses (Störung des Inhalts oder der Grundlage des Schuldverhältnisses) ..	13
7. Unterscheidung nach der Zurechenbarkeit der Störung .....	13
III. Unterscheidungen innerhalb der Störung des Integritätsinteresses .....	13
IV. Mehrheit von Störungen .....	14
D. Die Zurechnung der Störung .....	14
E. Die Regelung der Störungsfolgen .....	15
F. Das Darstellungskonzept .....	16
I. Die rechtsfolgenorientierte Systematik .....	16
II. Die Fallarbeit mit dem Buch .....	17
<b>§ 2 Der rechtliche Rahmen</b>	
A. Normative Grundlagen .....	17
I. Die Regelung des BGB .....	17
II. Unionsrechtsrechtliche und internationale Einflüsse .....	18
B. Der Anwendungsbereich des gesetzlichen Leistungsstörungenrechts .....	19
I. Gegenständlicher Anwendungsbereich .....	19
II. Räumlicher Anwendungsbereich .....	21
III. Zeitlicher Anwendungsbereich .....	22
C. Die Einordnung leistungsstörungenrechtlicher Ansprüche und Rechte in das BGB ..	22
D. Vertragliche Regelungen .....	22

**2. Teil:**

**Das Schicksal der Leistungspflicht**

**1. Abschnitt:**

**Fortfall und Anpassung der Leistungspflicht im Interesse des Schuldners**

**1. Kapitel:**

**Begrenzung der Leistungspflicht wegen eines Leistungshindernisses**

**§ 3 Das Leistungshindernis**

A. Die Ergänzungsbedürftigkeit der Leistungspflicht .....	30
B. Ausgrenzung der vom Schuldner nicht zu überwindenden Leistungshindernisse .....	32
I. Die Pflichtbegrenzung als Problem des materiellen Rechts .....	32
II. Die pflichtenbegrenzenden Prinzipien .....	33
III. Die Bedeutung des Vertretenmüssens für die Begrenzung der Leistungspflicht .....	34
IV. Die Unerheblichkeit des Zeitpunktes des Leistungshindernisses .....	36

**§ 4 Befreiung von der Leistungspflicht bei Unmöglichkeit der Leistung und  
Unvermögen des Schuldners**

A. Regelungszweck .....	37
B. Tatbestand der Unmöglichkeit .....	38
I. Begriff .....	38
II. Arten der Unmöglichkeit .....	39
1. Physische Unmöglichkeit .....	39
2. Rechtliche Unmöglichkeit .....	41
3. Anderweitige Befriedigung des Leistungsinteresses als Unmöglichkeit ..	45
4. Unmöglichkeit bei höchstpersönlichen Leistungen .....	46
5. Unmöglichkeit bei mehreren erfüllungstauglichen Leistungen .....	47
6. Unmöglichkeit der Erfüllung von Unterlassungspflichten .....	50
7. Unmöglichkeit infolge Störung außerhalb der Schuldnerverantwortung liegender Umstände .....	50
8. Vorübergehende Leistungshindernisse .....	52
a) Die Fallkonstellationen .....	53
b) Gleichstellung mit dauerhaftem Leistungshindernis im Interesse des Schuldners .....	53
c) Gleichstellung mit dauerhaftem Leistungshindernis im Interesse des Gläubigers .....	54
d) Keine Gleichstellung mit dauerhaftem Leistungshindernis .....	55
e) Veränderung der Lage .....	58
f) Vorrangige vertragliche Regelung .....	58
9. Teilunmöglichkeit .....	59
C. Das Unvermögen .....	60
I. Begriff .....	60
II. Bedeutung für besondere Schuldinhalte .....	64

**§ 5 Fortfall der Leistungspflicht bei Leistungserschwerungen (§ 275 Abs. 2, Abs. 3 BGB)**

A.	Die Leistungserschwerung .....	67
B.	Kriterien für die rechtliche Bewertung der Leistungserschwerung .....	68
C.	Befreiung wegen groben Missverhältnisses von Leistungsaufwand und Leistungsinteresse (§ 275 Abs. 2 BGB) .....	70
I.	Der Aufwand des Schuldners .....	71
1.	Begriff .....	71
2.	Bedeutung der Gegenleistung .....	74
II.	Das Interesse des Gläubigers an der Leistung .....	75
III.	Das Vertretenmüssen des Leistungshindernisses .....	76
IV.	Grobes Missverhältnis .....	76
V.	Verantwortlichkeit des Gläubigers .....	79
VI.	Bedeutung des § 275 Abs. 2 BGB für Schadensersatz statt der Leistung .....	80
VII.	Befreiung wegen „einfacher“ Unverhältnismäßigkeit bei gesetzlichen (Nach-)Leistungspflichten .....	80
D.	Unzumutbarkeit bei in Person zu erbringenden Leistungen (§ 275 Abs. 3 BGB) ....	82
I.	Grundgedanke .....	82
II.	In Person zu erbringende Leistungen .....	82
III.	Bedeutung des Vertretenmüssens .....	85
E.	Unzumutbarkeit bei nicht in Person zu erbringenden Leistungen .....	86
F.	Geltendmachung, Rechtsfolge und Abdingbarkeit .....	87

**§ 6 Leistungserschwerung als Störung der Geschäftsgrundlage**

A.	Die Bedeutung der Geschäftsgrundlage für den Schuldner .....	90
B.	Normativer Kern der Geschäftsgrundlage .....	90
C.	Geschäftsgrundlage und Vertragsinhalt .....	92
D.	Die Geschäftsgrundlage .....	94
I.	Gemeinsamkeit der die Geschäftsgrundlage bildenden Vorstellungen .....	94
1.	Kenntnis/Erkennbarkeit der Vorstellung für den Gegner .....	94
2.	Kenntnis/Erkennbarkeit der Erheblichkeit .....	96
3.	Der „beiderseitige Irrtum“ .....	96
II.	Keine Risikozuweisung .....	98
E.	Störung der Geschäftsgrundlage .....	99
I.	Wirklichkeitsabweichung .....	99
II.	Unzumutbarkeit der Bindung .....	99
III.	Bedeutung des Vertretenmüssens und der Vorhersehbarkeit .....	101
IV.	Fallgruppen .....	102
1.	Von Beginn an fehlerhafte Aufwandsplanung .....	102
2.	Nachträgliche Überholung der Aufwandsplanung .....	103
3.	Verhältnis zu anderen Fallgruppen .....	104
F.	Rechtsfolgen .....	105
I.	Vorrang der Anpassung .....	105
1.	Inhalt .....	105
2.	Gerichtliche Durchsetzung .....	106
II.	Rücktritt/Kündigung .....	109
III.	Ausgleich von Vermögensnachteilen .....	109
G.	Verhältnis zu § 275 Abs. 2, Abs. 3 BGB .....	111

H.	Die Kündigung des Schuldners bei Dauerschuldverhältnissen .....	113
J.	§§ 275, 313 BGB in der Fallanwendung .....	114
K.	Entlastung des Schuldners durch Erhöhung der Gegenleistung .....	115
L.	Die Leistungsgefahr .....	115

**§ 7 Besondere Regelung der Leistungsanstrengungen**

A.	Vertragliche Regelung der Leistungsanstrengungen .....	116
I.	Als Regelung der Leistungspflicht oder als Haftungsregelung .....	117
II.	Vertragliche Erhöhung der Leistungsanstrengungen .....	117
III.	Vertragliche Begrenzung der Leistungsanstrengungen .....	119
B.	Insbesondere: Vertragliche Regelung von Beschaffungsanstrengungen .....	123
I.	Die der Leistungspflicht inhärente Regelung der Beschaffungs- anstrengungen .....	123
1.	Ausgangspunkt .....	123
2.	Erweiterung durch gesetzliche Ersatzlieferungspflichten .....	123
3.	Erweiterung durch Vereinbarung einer Gattungsschuld .....	124
4.	Gerichtliche Erzwingbarkeit der Beschaffungsanstrengungen .....	126
5.	Haftung für Nichtbeschaffbarkeit .....	127
II.	Vertragliche Beschränkungen der Beschaffungsanstrengungen .....	127
C.	Besondere gesetzliche Regelung der Leistungsanstrengungen .....	130

**§ 8 Die Grenzen der Leistungspflicht im Leistungsprozess**

A.	Im Erkenntnisverfahren .....	130
I.	Prozessrechtsdogmatische Einordnung .....	130
II.	Darlegungs- und Beweislast .....	131
B.	In der Zwangsvollstreckung .....	134
C.	Bedeutung der Leistungsklage für den Übergang zum Schadensersatz .....	135

**2. Kapitel:**

**Fortfall der Leistungspflicht aus sonstigen im Interesse des Schuldners liegenden Gründen**

**§ 9 Befreiung des Schuldners wegen Zweckverfehlung**

I.	Problemstellung .....	135
II.	Vertragliche Einbeziehung des Zwecks .....	137
III.	Einbeziehung in die Geschäftsgrundlage .....	138

**§ 10 Befreiung zum Schutz der Rechtsgüter des Schuldners .....** 140

**2. Abschnitt:**

**Fortfall und Anpassung der Leistungspflicht im Interesse des Gläubigers**

**§ 11 Überblick**

A.	Die Problemstellung .....	141
B.	Die gesetzlichen Rechtfertigungsgründe .....	141
I.	Fortfall des Interesses an der Leistung .....	142
II.	Unzumutbarkeit weiterer Bindung an die Leistungspflicht .....	142
III.	Erfolgslose Nachfristsetzung .....	143

C. Das Gläubigerinteresse als Inhalt oder Grundlage des Vertrages .....	143
D. Die Darstellung .....	144

## **§ 12 Der Fortfall des Gläubigerinteresses an der Leistung als Fall der Unmöglichkeit und als Störung der Geschäftsgrundlage**

A. Fortfall des Gläubigerinteresses an der Leistung als Fall der Unmöglichkeit (§ 275 Abs. 1 BGB) .....	145
I. (Voll-)Unmöglichkeit wegen nicht behebbarer Unvollständigkeit der Leistung .....	145
II. (Voll-)Unmöglichkeit wegen nicht behebbaren Qualitätsmangels .....	146
III. Nichteinhaltung sonstiger Leistungsmodalitäten als Unmöglichkeit .....	146
1. Die exakte Leistung .....	146
2. Insbesondere: Absolute Fixschuld .....	148
IV. Unerreichbarkeit des Verwendungszwecks als Unmöglichkeit .....	150
1. Verwendungszweck als Gegenstand der Leistungspflicht .....	151
2. Vertragliche Gleichstellung des Verwendungszwecks mit der Leistung ..	152
B. Störung des Gläubigerinteresses an der Leistung als Störung der Geschäftsgrundlage .....	153
I. Der Fortfall des Gläubigerinteresses an der Leistung (Zweckfortfall) als Störung der Geschäftsgrundlage .....	154
1. Erkennbarkeit des Verwendungszwecks für den Schuldner .....	154
2. Risiko des Gläubigers .....	155
3. Rechtsfolge .....	156
II. Störung des Äquivalenzinteresses .....	157
1. Äquivalenzstörung infolge Wertverlusts .....	157
2. Äquivalenzstörung infolge fehlerhafter (Preis-)Kalkulation .....	158
III. Rechtsfolge .....	159
IV. Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen des Gläubigers .....	159

### **3. Teil:**

#### **Auswirkungen der Störung auf die Gegenleistungspflicht**

## **§ 13 Grundlagen**

A. Das Regelungsproblem .....	162
B. Terminologie .....	163
C. Der Anwendungsbereich der §§ 320–326 BGB .....	164
I. Gegenseitiger Vertrag .....	164
II. Die betroffenen Pflichten .....	166
1. Gegenseitige Leistungspflichten .....	166
2. Weitere Hauptleistungspflichten und Nebenleistungspflichten .....	167
3. Rücksichtnahmepflichten .....	168

## **§ 14 Vorläufige Verweigerung der Gegenleistung (§§ 320–322 BGB)**

A. Zweck der Regelung .....	168
B. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§ 320 BGB) .....	169
I. Voraussetzungen .....	169

1.	Gegenseitigkeit .....	169
2.	Nichterfüllung .....	171
3.	Weitere Voraussetzungen des § 320 BGB .....	172
4.	Einschränkungen des § 320 BGB .....	173
5.	Verhältnismäßigkeit, insbesondere bei Teilleistungen .....	174
6.	Rechtsgeschäftliche Einschränkungen .....	176
II.	Rechtsfolgen des § 320 BGB .....	177
C.	Die prozessuale Abwicklung gegenseitiger Leistungspflichten (§ 322 Abs. 1, Abs. 3 BGB) .....	177
I.	Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages im Erkenntnisverfahren (§ 322 Abs. 1 BGB) .....	178
II.	Die Bindungswirkung des Urteils .....	179
III.	Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages in der Zwangsvollstreckung (§ 322 Abs. 3 BGB) .....	180
D.	Besonderheiten des Synallagmas bei Vorleistungspflichten (§ 321 BGB) .....	181
I.	Das Risiko des Vorleistungspflichtigen .....	181
II.	Unzumutbarkeit der Vorleistung infolge Verschlechterung des Risikos .....	182
1.	Einrede wegen Verschlechterung des Vorleistungsrisikos (§ 321 Abs. 1 BGB) .....	185
2.	Schutz bei zufällig eintretenden Leistungshindernissen .....	186
3.	Beendigung der vertraglichen Bindung (§ 321 Abs. 2 BGB) .....	186
III.	Schadensersatzansprüche des Vorleistungspflichtigen .....	187
IV.	Vergütung bereits erbrachter Teil-Vorleistungen .....	188
V.	Interesse des Vorleistungspflichtigen am Leistungsaustausch (§ 322 Abs. 2, Abs. 3 BGB) .....	189
VI.	Darlegungs- und Beweislast .....	189
VII.	Andere Rechtsbehelfe des Vorleistungspflichtigen .....	190
 <b>§ 15 Endgültiger Fortfall des Gegenleistungsanspruchs (§§ 323–326 BGB)</b>		
A.	Zweck und Struktur der §§ 323 ff. BGB .....	191
B.	Der Fortfall des Gegenleistungsanspruchs bei Nichterbringbarkeit der Leistung (§ 326 Abs. 1 BGB) .....	192
I.	Die der Regelung inhärente Verteilung der Preisgefahr .....	192
II.	Voraussetzungen des § 326 Abs. 1 S. 1 BGB .....	193
III.	Der Fortfall des Gegenleistungsanspruchs .....	194
IV.	Minderung bei teilweiser Unerbringbarkeit der Leistung .....	194
V.	Keine Minderungsregelung für die Schlechtleistung (§ 326 Abs. 1 S. 2 BGB) ..	195
VI.	Das ergänzende Rücktrittsrecht nach § 326 Abs. 5 BGB .....	196
VII.	Darlegungs- und Beweislast .....	198
VIII.	Die Verantwortlichkeit des Gläubigers .....	198
IX.	Die Aufrechterhaltung des Gegenleistungsanspruchs bei Erlangung eines Ersatzes .....	198
C.	Der Rücktritt vom Vertrag wegen Nichtleistung trotz Erbringbarkeit der Leistung ..	199
I.	Im Gegenseitigkeitsverhältnis stehende Leistungspflichten .....	200
II.	Nichtleistung trotz Erbringbarkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit .....	200
III.	Fristsetzung .....	200
IV.	Die Entbehrlichkeit der Fristsetzung (§ 323 Abs. 2 BGB) .....	200

1.	Überwiegendes Interesse am Rücktritt bei der Nichtleistung (§§ 323 Abs. 1, 1. Alt., 242 BGB) .....	201
2.	Relative Fixschuld (§ 323 Abs. 2 Nr. 2 BGB) .....	202
a)	Tatbestand .....	202
b)	Bedeutung für die Schadensersatzpflicht .....	204
c)	Bedeutung einer Fristsetzung .....	204
D.	Der Rücktritt vom Vertrag wegen Schlechtleistung (§ 323 Abs. 1, 2. Alt., Abs. 5 S. 2 BGB) .....	205
I.	Der eingeschränkte Anwendungsbereich des § 323 Abs. 1, 2. Alt. BGB .....	205
II.	Die Schlechtleistung .....	206
III.	Fristsetzung .....	206
IV.	Rücktritt vom ganzen Vertrag trotz Teilleistung (§ 323 Abs. 5 S. 2 BGB) .....	207
E.	Rücktritt wegen Leistungsgefährdung .....	207
I.	Richterrechtliche Regeln .....	207
II.	Rücktritt wegen Leistungsverweigerung (§ 323 Abs. 4 BGB) .....	208
III.	Rücktritt hinsichtlich künftiger Teilleistungen aufgrund Abmahnung (§ 323 Abs. 3 BGB) .....	209
IV.	Rücktrittsrecht des Vorleistungspflichtigen (§ 321 Abs. 2 BGB) .....	210
F.	Rücktritt wegen Verletzung von Rücksichtnahmepflichten (§ 324 BGB) .....	211
I.	Zweck .....	211
II.	Verletzung einer Rücksichtnahmepflicht .....	211
III.	Unzumutbarkeit der Bindung an den Vertrag .....	212
IV.	Voraussetzungen im Übrigen .....	212
G.	Die Ausübung des Rücktrittsrechts .....	213
I.	Allgemeine Regeln .....	213
II.	Beteiligung Dritter .....	214
III.	Eigene Vertragstreue des Gläubigers .....	215
H.	Das Verhältnis des Rücktritts zum Schadensersatz (§ 325 BGB) .....	215
I.	Die Eigenständigkeit der Rechte .....	215
II.	Die Wahlmöglichkeiten .....	215
III.	Kumulierung der Rechte .....	216
IV.	Ius variandi .....	218
J.	Die Kündigung von Dauerschuldverhältnissen .....	219
I.	Die störungsrechtliche Bedeutung des § 314 BGB .....	219
II.	Rücktritt von der einzelnen Teilleistungspflicht .....	221
III.	Rücktritt vom gesamten Dauerschuldverhältnis .....	222
IV.	Außerordentliche Kündigung des Dauerschuldverhältnisses .....	223
V.	Struktur des Kündigungstatbestandes .....	224
1.	Kündigung wegen Unzumutbarkeit infolge Pflichtverletzung (§ 314 Abs. 2 BGB) .....	225
2.	Kündigung wegen Unzumutbarkeit im Übrigen .....	226
3.	Verhältnis zu § 313 BGB .....	227
VI.	Bedeutung anderweitiger Beendigungsmöglichkeiten .....	228
VII.	Ausübung des Kündigungsrechts .....	229
VIII.	Kombination von Rücktritt und Kündigung .....	229
IX.	Auswirkung der Kündigung .....	230
X.	Verhältnis zum Schadensersatz .....	230

**4. Teil:**

**Die Pflicht des Schuldners zu Schadensersatz und Ersatzherausgabe**

**1. Abschnitt:**

**Der Schutz des Gläubigers durch Schadensersatzpflichten**

**§ 16 Die Struktur der gesetzlichen Regelung**

A.	Die Unterscheidung nach der Schadensart (§ 280 BGB) .....	235
I.	Leistungsinteresse und Integritätsinteresse als Ausgangspunkt .....	236
II.	Die Schadensarten .....	236
III.	Die Einordnung der Schadensarten in die gesetzliche Systematik .....	236
B.	Die Unterscheidung nach der Art der Störung .....	237
C.	Die Unterscheidung nach dem Haftungsgrund .....	238
D.	Das Problem des Grundtatbestandes „Pflichtverletzung“ (§ 280 Abs. 1 BGB) .....	239

**2. Abschnitt:**

**Der Schadensersatz statt der Leistung**

**§ 17 Der Schutz des Leistungsinteresses im Überblick**

A.	Das Verhältnis von Leistung und Schadensersatz statt der Leistung .....	241
B.	Der Übergang von der Leistung zum Schadensersatz .....	242
I.	Der automatische Übergang zum Schadensersatz beim Leistungshindernis (§§ 275 Abs. 4, 283, 311a Abs. 2 BGB) .....	242
II.	Die Rechtfertigung des Übergangs zum Schadensersatz bei Erbringbarkeit der Leistung .....	242
1.	Rechtfertigungsgründe .....	242
2.	Das Verhältnis der Rechtfertigungsgründe zueinander .....	244
III.	Die prozessuale Seite des Übergangs .....	244
1.	Klage auf Leistung .....	245
a)	Übergang vor oder während des Leistungsprozesses .....	245
b)	Übergang nach Rechtskraft eines Leistungsurteils .....	245
2.	Schadensersatzklage .....	246

**§ 18 Schadensersatz statt der Leistung bei Leistungshindernissen**

A.	Die Regelung im Überblick .....	247
B.	Die Haftungsvoraussetzungen bei nachträglichem Leistungshindernis (§§ 280 Abs. 1, Abs. 3, 283 BGB) .....	248
I.	Die Pflichtverletzung .....	248
II.	Nachträglichkeit des Leistungshindernisses .....	251
III.	Keine Entlastung (§ 280 Abs. 1 S. 2 BGB) .....	251
IV.	Prozessuales .....	252
C.	Die Haftung für anfängliche Leistungshindernisse (§ 311a Abs. 2 BGB) .....	252
I.	Die in der Leistungszusage enthaltene eingeschränkte Garantie .....	253
II.	Der Umfang der Haftung .....	255
1.	Leistungshindernis (§ 275 BGB) .....	255
2.	Bekanntheit oder Erkennbarkeit des Leistungshindernisses .....	256
3.	Der Vertragsschluss als maßgeblicher Zeitpunkt .....	258



a)	Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen des Leistungs-	
b)	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Feststellung der zugrunde liegenden	
Tatsachen		258
4.	Das von der Garantie gedeckte Interesse	260
5.	Modifizierungen der Garantiehafftung	261
a)	Verschärfungen	261
b)	Milderungen	262
III.	Haftung bei anfänglicher Unzumutbarkeit der Bindung für den Gläubiger	263
IV.	Darlegungs- und Beweislast	264
V.	Verhältnis zu anderen Haftungsregeln	266
D.	Anrechnung des Surrogats (§ 285 Abs. 2 BGB)	266
E.	Verhältnis zu anderen Gläubigerrechten	267

## § 19 Schadensersatz statt der Leistung wegen Nichtleistung

A.	Systematische Einordnung	269
B.	Die Voraussetzungen im Überblick	270
C.	Erfasste Leistungspflichten	270
D.	Die Nichtleistung trotz Erbringbarkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit	271
I.	Voraussetzungen im Allgemeinen	271
1.	Kein Leistungshindernis	271
2.	Fälligkeit und Durchsetzbarkeit	272
3.	Nichtleistung	273
II.	Nichtleistung bei Zurückweisung nicht schuldgerechter Leistung	273
III.	Beendigung der „Nichtleistung“ durch Erbringung der Leistung	275
E.	Nichtleistung trotz Fristsetzung	275
I.	Setzung einer angemessenen Frist	276
1.	Inhaltliche Anforderungen	276
2.	Schuldnerschützende Wirkung	279
3.	Angemessenheit der Frist	280
II.	Problemfälle	282
1.	Nichtsynchronale Leistungspflichten	282
2.	Zusammenhängende Leistungspflichten	284
3.	Mitwirkungsleistungspflichten des Gläubigers	284
4.	Fristsetzung bei mehrfacher Störung	285
a)	Nichtbehebung der ursprünglichen Störung	285
b)	Mehrheit von Störungen	286
III.	Fristsetzung durch Dritte	287
IV.	Ausschluss der Fristsetzungsbefugnis	288
F.	Fortsetzung der Nichtleistung nach Fristablauf	288
G.	Keine Entlastung des Schuldners (§ 280 Abs. 1 S. 2 BGB)	289
H.	Die Entbehrlichkeit der Fristsetzung (§ 281 Abs. 2 BGB)	290
I.	Endgültige Leistungsverweigerung nach Fälligkeit (§ 281 Abs. 2, 1. Alt. BGB)	290
II.	Überwiegendes Interesse des Gläubigers am Schadensersatz	292
1.	Fortfall des Interesses an der Leistung	292
2.	Funktionswidrigkeit der Fristsetzung	295
3.	Verhältnis zu bereits ausgesprochener Frist	297

J.	Schadensersatzbefugnis bei (quantitativen) Teilleistungen .....	297
I.	Regelungsproblem .....	297
II.	Annahme der Teilleistung .....	298
III.	Sukzessivleistungen .....	301
IV.	Entbehrlichkeit der Fristsetzung .....	302

## **§ 20 Schadensersatz statt der Leistung bei Schlechtleistung**

A.	Systematische Einordnung .....	303
I.	Slechtleistung und Nichtleistung .....	303
II.	Slechtleistung und Aliud- bzw. Mankoleistung .....	303
III.	Slechtleistung und Leistungshindernis .....	306
IV.	Slechtleistung und Nebenleistungspflichten .....	306
V.	Slechtleistung und Verletzung von leistungsbezogenen Nebenpflichten ...	308
VI.	Slechtleistung und Verletzung von Rücksichtnahmepflichten .....	309
VII.	Das Verhältnis zur besonderen Mängelgewährleistung .....	310
1.	Der Vorrang autarken Gewährleistungsrechts .....	310
2.	Die modifizierte Anwendung der allgemeinen Regeln bei Mängeln im Kauf-, Tausch- und Werkvertrag .....	312
3.	Die unmittelbare Anwendung der allgemeinen Regelung .....	313
B.	Die Voraussetzungen im Überblick .....	314
C.	Tatbestand der Schlechtleistung .....	314
I.	Die Bestimmung der Leistungsqualität im Allgemeinen .....	314
II.	Die Bestimmung der Leistungsqualität in den besonderen Gewährleistungsregeln .....	315
III.	Weiterfresserschäden als Schlechtleistung? .....	316
IV.	Der Mangelverdacht .....	317
D.	Weitere Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs .....	318
I.	Setzung und Ablauf einer angemessenen Frist .....	318
II.	Keine Unerheblichkeit bei großem Schadensersatz/Rücktritt (§ 281 Abs. 1 S. 3 BGB, § 323 Abs. 5 S. 2 BGB) .....	319
III.	Fortfall des Interesses bei teilweiser Schlechtleistung .....	321
IV.	Vertretenmüssen .....	322

## **§ 21 Schadensersatz statt der Leistung wegen Gefährdung der Leistung**

A.	Das Problem .....	322
B.	Der Tatbestand der Leistungsgefährdung .....	324
I.	Die drohende Störung („Pflichtverletzung“) .....	324
1.	Anknüpfungssachverhalt .....	324
2.	Negative Prognose .....	325
a)	Offensichtlichkeit .....	325
b)	Ernsthafte Zweifel .....	326
II.	Unzumutbarkeit .....	327
C.	Gefährdung künftiger Teilleistungen, insbes. Sukzessivleistungen (§ 281 Abs. 3 BGB) .....	327
D.	Verlust des subjektiven Vertrauens als Gefährdungstatbestand .....	330
E.	„Nachvertragliche“ Verletzung der Leistungstreuepflicht .....	331

**§ 22 Schadensersatz statt der Leistung bei Dauerschuldverhältnissen**

A. Schadensersatz bezüglich der gestörten Einzelleistung .....	332
B. Schadensersatz statt der Leistung bezüglich des ganzen/künftigen Dauerschuldverhältnisses .....	333
I. Allgemeine Regelung .....	333
II. Besondere Schadensersatzregeln .....	334

**§ 23 Schadensersatz statt der Leistung wegen Verletzung von Rücksichtnahmepflichten (§ 282 BGB)**

I. Grundgedanke .....	336
II. Abgrenzung zu § 281 BGB .....	337
III. Rücksichtnahmepflichten zum Schutz des Integritätsinteresses .....	338
IV. Unzumutbarkeit der Leistung .....	339
V. Unzumutbarkeit der Leistung bei erbrachter Teilleistung .....	340
VI. Bedeutung der Abmahnung (§ 281 Abs. 3 BGB analog) .....	341
VII. Gefährdung des Integritätsinteresses wegen drohender Rücksichtnahmepflichtverletzung .....	342
VIII. Vertretenmüssen und Beweislast .....	342

**§ 24 Der Übergang zum Schadensersatzanspruch**

A. Verletzung der Leistungspflicht oder Gefährdung der Leistung .....	343
I. Rechtslage nach Eintritt der Voraussetzungen gem. § 281 Abs. 1–Abs. 3 BGB .....	343
1. Schadensersatzbefugnis .....	343
2. Zurückweisung der Leistung .....	344
3. Frist zur Beseitigung der Schwebelage .....	345
II. Das Schadensersatzverlangen (§ 281 Abs. 4 BGB) .....	346
III. Leistungsverlangen nach Eintritt der Voraussetzungen gem. Abs. 1–Abs. 3 BGB .....	347
IV. Fortfall des Leistungsanspruchs .....	348
V. Rückabwicklung erbrachter Leistungen (§ 281 Abs. 5 BGB) .....	349
VI. Darlegungs- und Beweislast .....	349
VII. Verjährung .....	350
VIII. Abdingbarkeit .....	350
B. Unzumutbarkeit der Leistung wegen Verletzung einer Rücksichtnahmepflicht (§ 282 BGB) .....	351

**§ 25 Der Inhalt des Schadensersatzanspruchs**

A. Schadensersatzrechtliche Differenzbetrachtung als Ausgangspunkt .....	353
B. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Differenzbetrachtung .....	355
C. Einbeziehung besonderer Schadensarten .....	357
I. Verzögerungsschäden und ähnliche Schäden infolge vorübergehender Störung .....	358
1. Die Position der Rechtsprechung .....	358
2. Gegenpositionen .....	358
a) Fortfall des Anspruchs aus §§ 280 Abs. 1, Abs. 2, 286 BGB? .....	358
b) Alternativität der Anspruchsgrundlagen? .....	359
3. Eigene Position .....	360
II. Ausgrenzung der Integritätsschäden .....	362

III.	Schlussfolgerung für Mangelfolgeschäden und Weiterfresserschäden . . . . .	363
1.	Mangelfolgeschäden . . . . .	363
2.	Weiterfresserschäden . . . . .	365
D.	Die konkrete Schadensberechnung . . . . .	366
I.	Schaden infolge Ausbleibens der Leistung selbst . . . . .	366
1.	Wert der Leistung . . . . .	366
2.	Mehraufwendungen für Ersatzgeschäft (Deckungsgeschäft) des Gläubigers . . . . .	368
II.	Schaden infolge Ausbleibens der geplanten Leistungsverwendung . . . . .	369
III.	Fehlverhalten des Gläubigers . . . . .	370
IV.	Schadensmindernde Vorteile . . . . .	372
E.	Ersatz nutzloser Aufwendungen . . . . .	375
I.	Das Problem . . . . .	375
II.	Aufwendungsersatz als Schadensersatz statt der Leistung . . . . .	375
1.	Die Rentabilitätsvermutung . . . . .	375
2.	Einwendungen des Schuldners . . . . .	377
III.	Aufwendungsersatz anstelle von Schadensersatz statt der Leistung (§ 284 BGB) . . . . .	377
1.	Dogmatische Einordnung . . . . .	378
2.	Verhältnis zur Rentabilitätsvermutung . . . . .	380
3.	Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	380
4.	Insbes.: Das berechtigte Vertrauen des Gläubigers . . . . .	382
5.	Insbes.: Die Aufwendungen . . . . .	383
6.	Insbes.: Die Zurechenbarkeit der Aufwendungsentscheidung . . . . .	384
a)	Billigkeit . . . . .	384
b)	Kausalität . . . . .	386
7.	Umfang des Ersatzes . . . . .	386
a)	Keine Begrenzung auf positives Interesse . . . . .	386
b)	Vorteilsausgleich . . . . .	386
c)	Schadensminderungsobliegenheit (§ 254 Abs. 2 BGB) . . . . .	386
d)	Teilstörungen . . . . .	387
8.	Verhältnis zum Leistungsanspruch . . . . .	387
9.	Verhältnis zu Schadensersatzanspruch und Rücktritt . . . . .	387
10.	Darlegungs- und Beweislast . . . . .	388
F.	Der abstrakt berechnete Schaden . . . . .	389
I.	Absehen vom konkreten Schadensverlauf . . . . .	389
II.	Vermutungsregeln . . . . .	390
III.	Abstrakte Schadensberechnung im engeren Sinn . . . . .	392
IV.	Wahlrecht des Gläubigers . . . . .	394
G.	Besonderheiten der Schadensberechnung bei gegenseitigen Verträgen . . . . .	394
I.	Das Problem . . . . .	394
II.	Die Situation unter Geltung des alten Rechts . . . . .	396
III.	Die Rechtslage nach Inkrafttreten des SMG . . . . .	397
1.	Überblick über den Meinungsstand . . . . .	397
2.	Eigene Position . . . . .	398
H.	Die Schadensberechnung bei Teilstörungen („Großer und kleiner Schadensersatz“) . . . . .	401

I.	Voraussetzungen des großen Schadensersatzes .....	401
II.	Umfang des kleinen Schadensersatzes .....	401
J.	Rechtliche Behandlung des Schadensersatzanspruchs im Übrigen .....	404

### **§ 26 Die Pflicht zur Herausgabe eines Ersatzes (§ 285 BGB)**

A.	Der Ausgleichszweck .....	405
B.	Keine Beschränkung auf „gegenständliche“ Leistungen .....	407
C.	Die Unerbringbarkeit der Leistung (§ 275 BGB) .....	408
D.	Der Ersatz oder Ersatzanspruch .....	409
I.	Der Ersatzcharakter .....	409
II.	Beispiele .....	410
III.	Das Verhältnis zu Vorkehrungen des Schuldners .....	413
E.	Inhalt der Herausgabepflicht .....	414
I.	Umfang .....	414
II.	Gläubigernachteil als Grenze .....	414
F.	Ausschluss des Anspruchs für bestimmte Leistungspflichten .....	415
G.	Beweislast und Verjährung .....	418
H.	Schadensersatz und Surrogat (§ 285 Abs. 2 BGB) .....	419
J.	Aufrechterhaltung der Gegenleistung bei Erlangung eines Ersatzes (§ 326 Abs. 3 BGB) .....	420

### **3. Abschnitt:**

### **Schadensersatz für vorübergehende Störungen**

<b>§ 27 Begriff und Problem der vorübergehenden Störungen .....</b>	<b>422</b>
---	------------

### **§ 28 Vorübergehende Nichtleistung (Schuldnerverzug)**

A.	Die Verzugsregelung im Überblick .....	424
B.	Voraussetzungen des Schuldnerverzuges .....	424
I.	Nichtleistung .....	424
II.	Keine anspruchvernichtende Einwendung/kein Leistungshindernis .....	425
III.	Durchsetzbarkeit (Einredefreiheit) .....	426
IV.	Fälligkeit .....	429
V.	Qualifizierte Nichtleistung .....	430
1.	Erfolgslose Mahnung (§ 286 Abs. 1 S. 1 BGB) .....	430
a)	Inhalt der Mahnung .....	430
b)	Form und Rechtsnatur .....	433
c)	Zeitpunkt der Mahnung .....	433
d)	Verhältnis zur Nachfristsetzung .....	434
e)	Gleichgestellte Rechtsakte .....	434
2.	Entbehrlichkeit der Mahnung .....	434
a)	Kalendermäßig bestimmte Leistungszeit .....	435
b)	Ereignisabhängiger Leistungszeitpunkt .....	436
c)	Leistungsverweigerung .....	436
d)	Besondere Gründe .....	437
3.	30-Tage-Frist bei Entgeltforderung .....	438
a)	Normzweck .....	438

b)	Voraussetzungen .....	439
aa)	Entgeltforderung .....	439
bb)	Zugang einer Rechnung/Zahlungsaufstellung .....	439
cc)	Fristablauf .....	441
VI.	Vertragstreue des Gläubigers („tu quoque“) .....	442
VII.	Vertretenmüssen .....	443
C.	Der Zeitpunkt des Verzugsseintritts .....	443
D.	Die Beendigung des Verzuges .....	444
I.	Leistungserbringung .....	444
II.	Wegfall anderer Verzugsvoraussetzungen .....	446
E.	Der Ersatz des Verzögerungsschadens und andere Verzugsfolgen .....	447
I.	Der Verzögerungsschaden .....	447
1.	Begriff .....	447
2.	Abgrenzung zum Integritätsinteresse .....	449
3.	Typische Schäden .....	449
a)	Rechtsdurchsetzungskosten .....	449
b)	Deckungsaufwand .....	450
c)	Entgangener Gewinn .....	451
d)	Verzugszinsen .....	452
4.	Keine Anwendung des § 284 BGB .....	455
5.	Verzug bei Abtretung und Schuldnerwechsel .....	456
II.	Verschärfung der Schuldnerverantwortlichkeit .....	457
1.	„Haftung für Zufall“ .....	457
2.	Aufhebung von Haftungsprivilegierungen .....	459
III.	Abdingbarkeit .....	460
1.	Grundregel .....	460
2.	Sonderregel für Entgeltforderungen .....	460

## **§ 29 Andere vorübergehende Störungen**

I.	Die vorübergehende Schlechtleistung, Aliudleistung und Mankoleistung .....	462
II.	Vorübergehende Verletzung leistungsbezogener Nebenpflichten .....	464
III.	Vorübergehendes Leistungshindernis .....	464
IV.	Vorübergehende Leistungsgefährdung .....	464
V.	Verhältnis zum Schadensersatz statt der Leistung .....	465

## **4. Abschnitt:**

### **Der Schutz des Integritätsinteresses**

#### **1. Kapitel:**

#### **Die Grundlagen der Haftung für Integritätsverletzungen**

## **§ 30 Strukturelemente der Haftung**

A.	Überblick .....	466
B.	Das Integritätsinteresse .....	466
C.	Die Haftungsnormen .....	468
D.	Die Haftung aus § 280 Abs. 1 BGB .....	469
I.	Verletzung von Rücksichtnahmepflichten .....	469

1.	Die Rechtfertigung der Rücksichtnahmepflicht .....	469
2.	Typische Pflichtinhalte .....	470
3.	Weitere Elemente .....	472
II.	Integritätsverletzungen infolge Nicht- oder Schlechtleistung .....	473
1.	Anknüpfung der Haftung an Rücksichtnahmepflicht .....	473
2.	Abgrenzung zu leistungsbezogenen Nebenpflichten .....	474
III.	Darlegungs- und Beweislast .....	475
E.	Inhalt des Anspruchs .....	476
F.	Das Verhältnis zur deliktischen Haftung .....	476

## 2. Kapitel:

### Die Haftung für vorvertragliche Pflichtverletzungen

#### § 31 Das vorvertragliche Schuldverhältnis

A.	Das Gesetz als Geltungsgrund (§ 311 Abs. 2 BGB) .....	479
B.	Haftungsgrund und Schutzgut .....	481
C.	Persönliche Haftungsvoraussetzungen .....	483
D.	Der Tatbestand des vorvertraglichen Schuldverhältnisses .....	484
I.	Aufnahme von Vertragsverhandlungen (§ 311 Abs. 2 Nr. 1 BGB) .....	484
II.	Vertragsanbahnung (§ 311 Abs. 2 Nr. 2 BGB) .....	485
III.	Ähnliche geschäftliche Kontakte (§ 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB) .....	486

#### § 32 Der vorvertragliche Schutz der Rechtsgüter .....

#### § 33 Der vorvertragliche Schutz der rechtsgeschäftlichen Selbstbestimmung

A.	Ausgrenzung der vertraglichen Haftung .....	489
B.	Schutz vor dem nicht erwartungsgerechten Vertrag bzw. vor dem nicht erwartungsgerechten Vertragsumfeld .....	490
I.	Haftung für positive Erklärungen .....	491
II.	Haftung für unterlassene Aufklärung .....	493
1.	Nicht aufklärungspflichtige Informationen .....	494
a)	Spezielles Geheimhaltungsinteresse .....	494
b)	Recht zur Ausnutzung des Informationsvorsprungs .....	494
aa)	Marktwissen .....	495
bb)	„Innovatives“ Wissen .....	497
2.	Keine Pflicht zur Informationsbereitstellung .....	498
3.	Allg. Voraussetzungen der Aufklärungspflicht .....	499
4.	Spezifische Rechtfertigung .....	500
a)	Aufklärung über nicht präsenten Wissen .....	500
aa)	Aufklärung kraft in Anspruch genommenen Vertrauens .....	501
bb)	Aufklärung kraft Ingerenz .....	501
b)	Aufklärung über präsenten Wissen .....	502
aa)	Aufklärung wegen in Anspruch genommenen Vertrauens/Ingerenz .....	502
bb)	Aufklärung zum Schutz Unerfahrener .....	502
cc)	Aufklärung als Teil der Verständigung über Inhalt und Grundlagen des Vertrages (Pflicht zum „Nachfragen“) .....	504

dd) Die Erkennbarkeit des Informationsbedarfs als begrenzendes Element .....	507
c) Beispiele für Aufklärungspflichten aus der Rechtsprechung .....	510
III. Schutz vor unzulässigem Entscheidungsdruck/Übereilung .....	513
IV. Vorvertraglicher Schutz durch spezielle gesetzliche Regelungen .....	517
C. Schutz der Erwartung auf einen wirksamen Vertrag .....	519
I. Ausbleiben der rechtsgeschäftlichen Einigung .....	519
II. Verursachung/Nichtbeseitigung eines Wirksamkeitshindernisses .....	523
D. Rechtsfolgen .....	526
I. Grundsatz: Vertrauensschaden .....	526
II. Besonderheiten beim nicht erwartungsgerechten Vertrag .....	527
1. Vermutung aufklärungsgemäßen Verhaltens .....	527
2. Vertragsaufhebung .....	527
3. Vertragsanpassung .....	529
III. Schutz des Erfüllungsinteresses beim nicht zustande gekommenen Vertrag? ..	531
E. Mitverschulden des Geschützten .....	532
I. Minderung des Schadensersatzes .....	532
II. Schadensersatzpflicht des Geschützten .....	534
F. Verhältnis zu vertraglichen Ansprüchen .....	535
G. Verantwortlichkeit für Verhandlungsgehilfen .....	538
H. Die Haftung Dritter aus vorvertraglichem Schuldverhältnis (§ 311 Abs. 3 BGB) ....	539
I. Grundgedanke .....	540
II. Spezifische Rechtfertigung .....	541
1. Besondere Sachkunde .....	541
2. Eigenes wirtschaftliches Interesse des Dritten .....	542
3. Prospekthaftung .....	543
III. Haftungsinhalt .....	544
J. Drittschützende Wirkung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses .....	545
K. Besonderheiten bei der Abbedingung/Einschränkung der Haftung aus vorvertraglichen Pflichtverletzungen .....	545

## 5. Abschnitt:

### Die Zurechnung der Pflichtverletzung

#### § 34 Das Vertretenmüssen des Schuldners

A. Funktion .....	549
B. Die Haftung für Verschulden .....	550
I. Der Grundsatz .....	550
II. Der Gegenstand der Zurechnung .....	551
1. Erfolg oder Fehlverhalten .....	551
2. Haftungsbegründende Kausalität .....	552
3. Vorverlagerung der Zurechnung .....	552
III. Die Haftung für Vorsatz .....	553
IV. Die Haftung für Fahrlässigkeit .....	554
1. Sorgfaltsmaß .....	555
2. Zwei Ebenen der Sorgfaltsprüfung .....	559
V. Gesetzliche und richterrechtliche Haftungsmilderungen .....	561



1.	Die Beschränkung der Haftung auf grobe Fahrlässigkeit .....	561
2.	Beschränkung der Haftung auf eigenübliche Sorgfalt .....	563
3.	Enthftung für leichteste Fahrlässigkeit .....	564
VI.	Vertragliche Haftungsbeschränkungen .....	564
VII.	Verschuldensfähigkeit .....	565
C.	Vertretenmüssen ohne Verschulden .....	566
I.	Gesetzliche Haftungsverschärfung .....	566
II.	Vertragliche Haftungsverschärfung .....	567
1.	Abgrenzung zum selbstständigen Garantievertrag .....	567
2.	Haftungsverschärfung als Teil des Leistungsversprechens .....	567
a)	Durch „Verstärkung“ des Leistungsversprechens .....	568
b)	Als typischer Inhalt des Leistungsversprechens .....	569
aa)	Geldschuld .....	569
bb)	Gattungsschuld .....	570
cc)	Individuelle Beschaffungsschuld .....	573
3.	Abbedingung von Haftungserleichterungen .....	574
D.	Einstehenmüssen für dritte Personen (§ 278 BGB) .....	574
I.	Grundgedanke .....	574
II.	Erfüllung einer Verbindlichkeit .....	575
III.	Die zur Erfüllung eingesetzte Person .....	577
1.	Erfüllungsgehilfe .....	577
2.	Gesetzlicher Vertreter .....	579
IV.	Zurechnungszusammenhang für konkretes Verhalten .....	580
V.	Abdingbarkeit .....	581
E.	Darlegungs- und Beweislast .....	582

## 5. Teil:

### Die Verantwortung des Gläubigers

#### § 35 Grundlagen

A.	Die Problemstellung .....	583
B.	Prinzipien der Gläubigerverantwortlichkeit .....	584
I.	Verantwortung für Fehlverhalten .....	584
II.	Risikoverantwortung .....	584
1.	Gesetzliche Regelungen .....	584
2.	Verallgemeinerbarkeit? .....	585
3.	Die Linie der herrschenden Meinung .....	586
C.	Die rechtliche Strukturierung der Gläubigerverantwortlichkeit .....	588
I.	Die vertragliche Verantwortlichkeit .....	588
II.	Die vorvertragliche Verantwortlichkeit .....	589
D.	Die Darstellung .....	590

#### § 36 Die Verantwortung des Gläubigers für Mitwirkungsdefizite im Rahmen des Gläubigerverzuges

A.	Die Erfassung unzureichender Mitwirkung im Gläubigerverzug .....	591
B.	Der Tatbestand des Gläubigerverzuges .....	592

I.	Die Erbringbarkeit der Leistung	593
1.	Die Exklusivität von Gläubigerverzug und Nichterbringbarkeit der Leistung	593
a)	Die unproblematischen Fälle: Leistungshindernisse auf Seiten des Schuldners	593
b)	Die problematischen Fälle: Undurchführbarkeit der Mitwirkungshandlung (Mitwirkungshindernisse)	595
c)	Vorübergehendes Mitwirkungshindernis	597
d)	Vorübergehende Leistungshindernisse (§ 297 BGB)	598
e)	Die Bedeutung des Leistungswillens	599
2.	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Erbringbarkeit der Leistung	600
a)	Normalschuld	600
b)	Absolute Fixschuld	601
II.	Ordnungsgemäßes Angebot der Leistung	603
1.	Tatsächliches Angebot (§ 294 BGB)	603
a)	Angebot	603
b)	Ordnungsmäßigkeit der Leistung	604
c)	Erleichterungen bei Obliegenheitsverletzungen des Gläubigers	606
2.	Wörtliches Angebot (§ 295 BGB)	607
a)	Das wörtliche Angebot	607
b)	Erforderlichkeit einer besonderen Mitwirkungshandlung (§ 295 S. 1, 2. Alt. BGB)	608
c)	Erklärte Annahmeverweigerung des Gläubigers (§ 295 S. 1, 1. Alt. BGB)	609
3.	Entbehrlichkeit des Angebots	611
a)	Kalendermäßig bestimmte Mitwirkungshandlung (§ 296 BGB)	611
b)	Sonstige Fälle	611
4.	Insbesondere: Das Angebot bei Dienst- und Arbeitsleistungen	612
III.	Die Nichtannahme der Leistung	615
1.	Die schlichte Nichtannahme	615
2.	Nichtannahme infolge berechtigter Leistungsverweigerung des Schuldners (§ 298 BGB)	617
3.	Unschädlichkeit eines Vorbehalts bei der Annahme	617
4.	Zurechnung von Annahmehindernissen	619
a)	Grundsatz	619
b)	Vorübergehende Annahmehindernisse (§ 299 BGB)	619
c)	Vom Schuldner zu vertretende Annahmehindernisse (§ 242 BGB)	621
IV.	Beendigung und Unterbrechung des Gläubigerverzuges	621
V.	Darlegungs- und Beweislast	622
C.	Die Rechtsfolgen des Gläubigerverzuges	622
I.	Der Grundgedanke	622
II.	Die Rechtsfolgen im Einzelnen	623
1.	Entlastung des Schuldners bezüglich der Leistungspflicht	623
a)	Übergang der Sachgefahr bei Gattungsschulden	623
b)	Übergang der Preisgefahr bei gegenseitigen Leistungen	627
c)	Lockerung des Synallagmas	629

d)	Entlastung bei der Verantwortlichkeit für Leistungserschwerungen .....	629
e)	Begrenzung der Verzinsungspflicht bei verzinslichen Geldschulden .....	630
f)	Begrenzung der Herausgabepflicht bei Nutzungsherausgabe .....	630
g)	Beseitigung/Beendigung der Leistungspflicht .....	631
aa)	Recht zur Besitzaufgabe bei unbeweglichen Sachen .....	631
bb)	Hinterlegungs-/Versteigerungsrecht bei Leistungen bezüglich beweglicher Sachen .....	631
cc)	Beseitigung der Leistungspflicht bei anderen Leistungspflichten .....	632
2.	Entlastung des Schuldners bezüglich Schadensersatz statt der Leistung .....	632
3.	Entlastung von zusätzlichen Aufwendungen (§ 304 BGB) .....	634
4.	Verhältnis des Gläubigerverzuges zum Schuldnerverzug .....	635
D.	Insbesondere: Der Gläubigerverzug bei Dienst-, Arbeits- und Werkleistungen .....	635
I.	Dienst-/Arbeitsleistung .....	635
1.	Erbringbarkeit bei absoluter Fixschuld .....	636
2.	Substratsgefahr/Betriebsrisiko bei Dienst- und Arbeitsleistungen als Fall des Gläubigerverzuges? .....	637
3.	„Wirtschaftsrisiko“ als Fall des Gläubigerverzuges .....	639
4.	Das Arbeitskammerisiko im Rahmen des Gläubigerverzuges .....	640
5.	Die Anrechnung anderweitiger Erwerbsmöglichkeit .....	641
II.	Werkleistungen .....	642
E.	Die Mitwirkung des Gläubigers als Gegenstand einer echten Rechtspflicht .....	643
I.	Der Ausgangspunkt .....	643
II.	Klagbarkeit der Mitwirkungspflicht .....	646
III.	Anspruch auf Schadensersatz .....	647
IV.	Die Schadensersatzpflicht als abschließende Regelung der Gläubigerverantwortlichkeit .....	648
V.	Vom Gläubiger zu verantwortende Leistungsgefährdung .....	649
 <b>§ 37 Die Verantwortung des Gläubigers für Leistungshindernisse</b>		
A.	Die gesetzliche Regelung der Gläubigerverantwortung .....	650
B.	Vom Gläubiger zu verantwortende Leistungshindernisse bei gegenseitigen Leistungspflichten .....	651
I.	Fehlverhalten des Gläubigers .....	652
1.	Verletzung echter Rechtspflichten .....	652
2.	Obliegenheitsverletzungen .....	653
3.	Vorwerfbarkeit .....	657
II.	Vom Gläubiger zu tragende Risiken .....	657
1.	Ausdrückliche vertragliche Regelung .....	657
2.	Risikoverantwortlichkeit im Rahmen des § 326 Abs. 2 S. 1, 1. Alt. BGB ..	658
III.	Insbesondere Mitwirkungshindernisse bei Dienst-, Arbeits- und Werkleistungen .....	659
1.	Mitwirkungshindernisse bei Arbeitsleistungen (Betriebsrisiko, Arbeitskammerisiko) .....	659

a) Betriebsrisiko .....	659
b) Arbeitskampfrisiko .....	663
2. Mitwirkungshindernisse bei Dienstleistungen im Übrigen .....	666
3. Mitwirkungshindernisse bei Werkleistungen .....	667
4. Mitwirkungshindernisse bei Sachleistungen .....	669
IV. Risikoverantwortung des Gläubigers für sonstiges risikoe erhöhendes Verhalten .....	669
V. Risikotragung des Gläubigers für persönliche Hindernisse des Schuldners (§ 616 BGB) .....	670
VI. Zurechnung des Verhaltens Dritter .....	673
VII. Beweislast .....	673
VIII. Vollständige Aufrechterhaltung der Gegenleistungspflicht .....	674
1. Grundregel .....	674
2. Anrechnung von Vorteilen .....	674
a) Anrechnung ersparter Aufwendungen .....	675
b) Anrechnung anderweitig erzielter Vorteile .....	677
c) Anrechnung unterlassenen anderweitigen Erwerbs .....	677
3. Absicherung gegen Rücktritt, Kündigung und Minderung (§ 323 Abs. 6 BGB) .....	678
4. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch des Schuldners .....	679
5. Obliegenheit zur Schadloshaltung bei Leistungsmehraufwand .....	680
 <b>§ 38 Die Mitverantwortung des Gläubigers</b>	
A. Problemaufriss .....	681
B. Von beiden Parteien zu verantwortende verschiedene Störungen .....	682
C. Von beiden Parteien zu verantwortende selbe Störung .....	683
I. Grundsatz .....	683
II. Insbesondere: Das beiderseits zu verantwortende Leistungshindernis im gegenseitigen Vertrag .....	683
1. Problemstellung .....	683
2. Gesetzliche Ausgangslage .....	684
3. Lösungsvorschläge .....	685
4. Eigene Position .....	687
a) Kein Schadensersatzanspruch des Schuldners .....	687
b) Der Umfang der Gegenleistungspflicht als Konfliktpunkt .....	688
c) Die Abhängigkeit von der Rechtswahl des Gläubigers .....	688
aa) Volle Gegenleistungspflicht bei Schadensersatzverlangen des Gläubigers .....	688
bb) Geminderte Gegenleistungspflicht bei „Abstandnahme“ .....	691
d) Abgleich mit der Rechtsprechung .....	691
e) Abstimmung mit etwaigem Rücktritt des Gläubigers .....	692
f) Beiderseits zu vertretende Teilunmöglichkeit .....	693
g) Anrechnung ersparter Aufwendungen .....	693
h) Herausgabe des stellvertretenden commodum (§ 285 BGB) .....	693
Sachregister .....	695